

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Oktober 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

P 466 Postulat Spring Laura und Mit. über eine Beschleunigung des Klimaschutzes / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Sandra Meyer-Huwyler beantragt Ablehnung.

Laura Spring, vertreten durch Marc Horat, hält an ihrem Postulat fest.

Marc Horat: Wir sprechen hier über etwas, das nicht mehr in der Zukunft passiert, sondern heute hier bei uns im Kanton Luzern. Der Klimawandel ist definitiv hier angekommen, und die Auswirkungen zeigen sich immer deutlicher. Die Fakten und Zahlen sind klar, wir kommen bei der Emissionsreduktion und den Massnahmen dagegen nicht genügend schnell vorwärts. In den Bereichen Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfall, an vielen Orten sind wir schon in Verzug. Nach der Debatte von letzter Woche stellt man auch die dafür eingestellten Personalressourcen grundsätzlich infrage, was wirklich nicht hilft. Man kann zwar mit dem kommenden Planungsbericht Klima und Energie Besserung geloben, aber wenn das Personal fehlt, bleiben die Massnahmen auf der Strecke. Das vorliegende Postulat bringt jetzt den nötigen Druck. Es sagt nichts anderes, als dass wir Ziele haben, diese aber nicht erreichen. Jetzt müssen wir zünftig Gas geben, damit wir zurück auf Kurs kommen. Der Regierungsrat möchte das Postulat nur teilweise erheblich erklären, aber ganz ehrlich, die teilweise Erheblicherklärung ist doch eigentlich nur eine höfliche Ablehnung. Man steht wieder einmal auf die Bremse, obwohl wir uns dies überhaupt nicht leisten können, und ich meine das jetzt nicht aus finanzieller, sondern aus gesellschaftlicher und ökologischer Sicht. Das können wir bei der Dringlichkeit dieses Themas einfach nicht mehr bringen. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass unser Rat die Auswirkungen des Klimawandels chronisch massiv unterschätzt – volkswirtschaftlich, sozial und politisch. Davon zeugt auch der Ablehnungsantrag der SVP-Fraktion. Der Klimaschutz ist kein Luxusprojekt, sondern eine soziale und ökologische Notwendigkeit, für die wir die Verantwortung tragen. Das müsste eigentlich auch dem wirtschaftsfreundlichen Flügel dieses Rates klar sein. Wenn wir heute nicht investieren, wird es morgen für alle teurer, besonders für diejenigen, die ohnehin schon weniger haben, aber natürlich auch für die Wirtschaft, und das ist dann eben auch schlecht für die Dividenden. Wenn der Kanton Luzern hier innovativ vorwärts macht, dann ist es auch eine Chance für den Wirtschaftsstandort, und das macht ihn attraktiver für Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind, die zukunftsgerichtete Technologien entwickeln und anwenden. Auch das ist Standortförderung und diese Investitionen lohnen sich. Ja, das kostet, aber nichts tun kostet mehr. Unwetterschäden und damit verbundene Sicherungs- und Behebungsmassnahmen sind teuer und werden künftig regelmässig ein Thema in der Budgetdebatte sein, das kann

ich Ihnen garantieren. Wir überschreiten den Posten heute schon regelmässig. Es gibt auch bei uns im Kanton viele instabile Hänge, die Siedlungsgebiete gefährden, Flussgebiete, die mit mehr Extremereignissen fertig werden müssen, sowie Hitzewellen, unter denen die Landwirtschaft und vor allem auch alte und kranke Menschen leiden. Und gerade dieses letzte Beispiel zeigt, dass Klimapolitik eben auch Sozialpolitik ist. Gerade wenn wir es noch nicht einmal am Anfang fertigbringen, unsere selbst gesteckten Ziele zu erreichen, sehe ich schwarz, dass wir auch nur im Ansatz darauf vorbereitet sind, was auf uns zukommen wird. Das ist nicht einfach meine persönliche Meinung, sondern auch klar die Aussage der Wissenschaft. Wir müssen uns so gut wie wir können vorbereiten, zum Wohl unserer Bevölkerung. Deshalb brauchen wir eine klare Beschleunigung, mit verbindlichen Zwischenzielen, Massnahmen, eine Überprüfung dieser und vor allem genügend Ressourcen, um dies zu tun. Damit wir nicht noch mehr Zeit verlieren und nicht schon von Anfang an ins Hintertreffen geraten, bitte ich Sie, dieses Postulat erheblich zu erklären. So können wir vorwärtsmachen und auf Kurs bleiben.

Sandra Meyer-Huwyler: Auch wir von der SVP haben ein Herz für unsere Umwelt, doch wir lehnen das Postulat ab. In der Stellungnahme des Regierungsrates heisst es: «Mit der Massnahmen- und Umsetzungsplanung Klima und Energie 2022–2026 hat unser Rat im Januar 2023 die Massnahmen in den Bereichen Klimaanpassung, Klimaschutz und Energieversorgung weiter konkretisiert. (...) Der Grossteil der noch laufenden Massnahmen ist auf Kurs, (...)» Der neue Planungsbericht befindet sich zudem bereits in der Pipeline. Im Kanton Luzern wird schon einiges getan für den Klimaschutz. Das ist spürbar, vor allem mit Einschränkungen und Auflagen, und macht sich im Portemonnaie bemerkbar. Das ist definitiv keine Sozialpolitik. Der Planungsbericht und verschiedene Massnahmen und deren Umsetzung lösen Kosten aus, nicht nur beim Kanton, sondern auch bei der Bevölkerung. Der Klimawandel ist real und auch global. Wir müssen uns dem Wandel anpassen. Wir sehen es eher kritisch, dass die rasche Absenkung des CO₂-Ausstosses überhaupt machbar ist und den gewünschten Effekt bringt, sodass wir im Jahr 2050 klimaneutral unterwegs sind. Vielleicht kann man sich mit irgendwelchen CO₂-Zertifikaten bereichern. Aber ich hätte eine andere Variante, um das zu verbessern: Man könnte die Zuwanderung zum Schutz unserer natürlichen Ressourcen einschränken.

Urs Christian Schumacher: Gefordert wird eine schnelle Senkung des CO₂, um den globalen und lokalen Temperaturanstieg und mögliche Folgen wie Bergstürze zu begrenzen. Dass es seit 40 Jahren wärmer wird und die Vergletscherung der Alpen zurückgeht, ist unbestritten. Fraglich bleibt, ob das CO₂ effektiv etwas damit zu tun hat und wenn ja, ob die Luzerner Klimaziele etwas daran ändern. Die Temperatur auf der Erde war nie konstant. Es gab Zeiten, in denen ganz Europa vergletschert war und es gab Warmzeiten. So war die Temperatur im Tertiär, als sich die Säugetiere entwickelten, 15 Grad Celsius und im historischen Mittelalter, also noch nicht so lange her, 2 Grad Celsius wärmer als heute. Grönland war grün und Weinbau wurde bis zum Polarkreis betrieben. Die Meinung, dass es auf der Erde eine konstante Temperatur gibt, ist falsch. Falsch ist auch die Aussage, dass die Temperatur nie so sprunghaft angestiegen ist. Sprunghafte Anstiege der Durchschnittstemperatur von 5 Grad Celsius in wenigen Jahrzehnten sind aus den vergangenen 30 000 Jahren bekannt, unabhängig vom CO₂ der Atmosphäre und heissen Dansgaard-Oeschger-Ereignisse. Die Sonneneinstrahlung ist aufgrund der Milanković-Zyklen und der Sonnenaktivität ebenfalls nicht konstant. Für die Erderwärmung ist der Treibhauseffekt relevant, ohne ihn wäre es 30 Grad Celsius kälter und die Erde wäre nicht bewohnbar. Das wichtigste Treibhausgas ist der Wasserdampf, der zu 1 Prozent in der Atmosphäre vorliegt, während CO₂ nur zu 0,04 Prozent. CO₂ steuert somit weniger als

4 Prozent zum Treibhauseffekt bei. Dass nur auf das CO₂ geachtet wird, begründen Fachexperten damit, dass man den Wasserdampf nicht beeinflussen kann. 96 Prozent des CO₂ wird von der Natur selbst produziert und nur 4 Prozent ist menschengemacht und soll auf netto null gesenkt werden. Der Kanton Luzern verursacht 1/20 000 des globalen CO₂-Ausstosses. China, das für uns die Windräder und Solarpanels herstellt, verursacht 33 Prozent, die USA verursachen 13 Prozent und Indien 7 Prozent. Kaum beachtet wird, dass die natürliche CO₂-Kompensation ebenfalls spielt. So nahm die globale Photosynthese seit der Industrialisierung um 30 Prozent zu. Der Regierungsrat tut gut, wenn er eine pragmatische und zurückhaltende Klimapolitik vertritt und sich nicht an willkürlich definierten und populistischen Klimazielen orientiert.

Thomas Meier: Das Postulat fordert, dass die Umsetzung des Klimaberichtes deutlich beschleunigt werden soll, um die Klimaziele rechtzeitig zu erreichen. Der Regierungsrat zeigt in seiner Stellungnahme auf, dass er die Klima- und Energiepolitik systematisch priorisiert und mit einem klaren Planungs- und Controllingprozess verfolgt. Mit dem Planungsbericht 2021 wurden die Massnahmen und Ziele für die aktuelle Periode 2022–2026 festgelegt. Viele davon wurden bereits umgesetzt oder befinden sich in der Umsetzung. Der nächste Bericht für die Periode 2027–2031 befindet sich in Erarbeitung und genau dort werden die notwendigen Anpassungen und Prioritäten vorgenommen, um den Rückstand in den entsprechenden Bereichen aufzuholen. Die FDP-Fraktion steht klar hinter den Zielen der Klimapolitik. Was es aber nicht braucht, sind zusätzliche Aufträge und parallele Prozesse, welche die bestehenden Planungsszyklen unterlaufen und die Verwaltung zusätzlich binden, ohne das Tempo tatsächlich zu erhöhen. Es ist sinnvoll, den angekündigten Zwischenbericht und die Vernehmlassung zum Planungsbericht 2026 abzuwarten, bevor neue Forderungen beschlossen werden. Im Sinn einer pragmatischen und effizienten Politik stimmt die FDP-Fraktion der teilweisen Erheblicherklärung zu. Vom Votum von Urs Christian Schumacher distanzieren wir uns aber klar.

Simon Howald: Die geopolitischen Themen prägen unsere Medien seit Monaten. Durch die Berichterstattung der kriegerischen Handlungen ist die Klimakrise in den Hintergrund geraten. Sie ist jedoch weiterhin Realität und verschärft sich kontinuierlich. Dies zeigt sich auch in den hohen Kosten für den Schutz der Bevölkerung und dem Wiederaufbau nach Katastrophen. Die GLP-Fraktion unterstützt die rasche Erreichung der Klimaziele und sieht den ausgewiesenen Verzug in den Sektoren Verkehr, Gebäude und Abfall problematisch. Das Tempo muss grundsätzlich erhöht werden, um den Rückstand aufzuholen. Die Zeit drängt und die Folgekosten der Klimakrise steigen kontinuierlich an. Die Grünliberalen stellen jedoch auch fest, dass der Regierungsrat die festgelegten Ziele in der Klima- und Energiepolitik mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen kontinuierlich, systematisch und mit hoher Priorität verfolgt. In einigen Bereichen können auch schon Erfolge ausgewiesen werden. Die GLP-Fraktion begrüßt die geplante Erarbeitung des Planungsberichtes Klima und Energie 2026. Dabei ist es aus unserer Sicht sinnvoll, die bisher festgelegten Klimaschutzziele in den neuen Planungsbericht zu übernehmen. Der Planungsbericht soll gemäss Regierungsrat Ende dieses Jahres in die breite Vernehmlassung gelangen. Dort können Vorschläge zur Beschleunigung des Klimaschutzes geordnet einfließen. Der iterative Prozess von Massnahmenplanung, Massnahmenumsetzung, Überprüfung der Massnahmenumsetzung sowie Analyse des Handlungsbedarfs als Grundlage für die Massnahmenplanung der nächsten Umsetzungsperiode soll unserer Meinung nach weiterverfolgt werden. Dadurch können wir gemeinsam wichtige Fortschritte bei der Zielerreichung erwirken. Die GLP Fraktion ist für die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

David Affentranger: Die Mitte-Fraktion unterstützt die regierungsrätliche Haltung und stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu. Der Kanton Luzern hat mit dem Planungsbericht Klima und Energie 2021 eine klare Grundlage geschaffen und setzt die Massnahmen systematisch um. Ende 2025 geht der neue Planungsbericht 2026 in die Vernehmlassung. Dort ist der richtige Ort, um über das Tempo, die Prioritäten und zusätzliche Massnahmen für die nächsten vier Jahre zu diskutieren. Im ordentlichen Rahmen des politischen Prozesses also. Die Mitte steht hinter einem entschlossenen, aber geordneten Vorgehen in der Klima- und Energiepolitik, das Wirkung, Finanzierbarkeit und Verbindlichkeit miteinander verbindet.

Korintha Bärtsch: Die kräftigen Gewitter und sintflutartigen Regenfälle an der Mittelmeerküste im Herbst dieses Jahres sind eine Folge des Klimawandels, und auch der Bergsturz von Blatten ist teilweise dem Klimawandel zuzuordnen. Es ist deshalb angezeigt, dass wir das, was wir im Kanton Luzern tun können, schnell tun können. Mit dem Klima- und Energiedashboard, welches der Kanton Luzern aufgeschaltet hat, zeigt er gut auf, wo wir vorwärtsgekommen sind, wo wir auf Kurs sind und wo wir noch nicht weiter sind. Seit der Überweisung des Klimaberichtes hat der Kanton seriös und mit guten Grundlagen weitergearbeitet. Das anerkennen wir Grüne, und auch das, was wir bis jetzt in Bezug auf die Fachkompetenz gesehen haben, ist extrem gut. Politisch wird es aber beim Tempo und auch mit den eingesetzten Ressourcen schwierig. Das Wichtige ist, dass wir die low-hanging fruits, die wir bis jetzt pflücken konnten, gepflückt haben oder noch am Pflücken sind. Die schwierigen Massnahmen kommen aber erst. Jene, die sich an den Massnahmenplan im Klimabericht erinnern, wissen: Zuerst sollen diese Massnahmen angegangen werden und wenn sie nicht greifen oder zu wenig Wirkung haben, müssen wir Massnahmen angehen, die etwas stärker greifen. Das ist beim Stromrappen der Fall oder in anderen Bereichen, in denen die Massnahmen erst später angegangen werden, die richtig wehtun. Ich glaube, das ist ein Punkt, den wir in Zukunft stark beachten müssen. Bei den low-hanging fruits kommen wir gut voran, also bei den Massnahmen, für die sich eine grosse Mehrheit ausgesprochen hat. Bei den einschneidenden Massnahmen wird es aber schwieriger, denn sie werden für grosse Diskussionen aber auch echte Wirkung sorgen. Genau dort müssen wir ansetzen und die Umsetzung beschleunigen. Im Gebäudesektor haben mit dem Energieförderprogramm seit Jahren ein grosses Agreement, dort sind wir dran und das tut niemandem weh. Aber im Dashboard zeigt sich, dass wir die Ziele in der Landwirtschaft, dem Verkehr und bei der Abfallbewirtschaftung nicht erreichen. Beim Verkehr ist klar, dass der öV und das Velo viel konsequenter und schneller gefördert werden müssten, aber wir sind zu langsam unterwegs. Auch diesbezüglich stehen uns intensive politische Diskussionen bevor, ob wir wirklich auf die gewollte Zielgerade einbiegen können. In der Abfallbewirtschaftung geht es zum Beispiel konkret ums Bauen, den Bausektor und die Recyclingbaustoffstrategie. Auch dort hat man sich für die Massnahmen ausgesprochen, die nicht wehtun. Die Massnahmen, die wirklich einschränken, setzt man nicht um, beispielsweise die Lenkungsabgabe. Deshalb fordern wir den Regierungsrat auf, im Klimabericht 2026 aufzuzeigen, wie diese Themen angegangen, priorisiert und tatsächlich umgesetzt werden können, bevor es zu spät ist. Dies im Wissen darum, dass es für die Umsetzung dieser Massnahmen einen starken politischen Diskurs braucht und Mehrheiten ausgehandelt werden müssen. Das braucht Zeit, deshalb wir sollten jetzt damit beginnen.

Martin Wicki: Ich bin sehr überrascht ob der Distanzierung der FDP-Fraktion. Das Votum von Urs Christian Schumacher basiert auf wissenschaftlichen Tatsachen. Es hat sich praktisch um ein Zitat von Prof. Dr. Stefan Homburg aus Hannover gehandelt. So schlecht kann das Zitat nicht sein, wenn es von einem Professor stammt. Vielleicht will man nur das glauben, an das man glauben will. Und vielleicht hört man nur dann zu, wenn es dem eigenen Sinn

entspricht. Ich weiss, dass es sich um eine sehr technische Frage handelt, über die man diskutieren sollte. Ich aber ich verstehe es auch, wenn nicht alle folgen können.

Marc Horat: Zuhanden der SVP-Fraktion: Ich bin Naturwissenschaftler und habe mich intensiv mit diesem Thema auseinander gesetzt und wissenschaftliche Arbeiten darüber gelesen. Deshalb weiss ich, dass das, was Sie hier sagen, wissenschaftlich absolut nicht haltbar ist.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Der Planungsbericht Klima- und Energiepolitik 2021 gibt die Strategie und die Massnahmen in unserer Klimapolitik vor. Das ist der Planungsbericht, den Ihr Rat zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Daraus abgeleitet wurde die Massnahmen- und Umsetzungsplanung 2022–2026. Die Strategie und die Umsetzung verfolgt unser Rat kontinuierlich, systematisch und mit hoher Priorität. Bereits konnten erste Massnahmen abgeschlossen werden, und das erwähnte Klima- und Energiedashboard kann auch Ihnen allen dienen, um die Information zur Kenntnis zu nehmen, wie weit wir sind.

Grossmehrheitlich sind wir auf Kurs. Aktuell erarbeiten wir als Fortsetzung des bestehenden Planungsberichtes den nächsten Planungsbericht, nämlich den Planungsbericht 2026, so wie es auch ein Auftrag Ihres Rates war. Um die Klimaziele bis 2050 zu erreichen, müssen wir in einer rollenden Planung, mit Planungsberichten, vorwärtskommen. Der Planungsbericht ist in einer finalen Phase, das heisst, er wird von der Regierung bald zur Vernehmlassung verabschiedet und alle Vernehmlassungsadressaten können daran teilnehmen. Nach der Vernehmlassung wiederum kommt der Bericht zur Beratung in Ihren Rat. Ich glaube, zur Wissenschaft möchte ich nur kurz darlegen, dass es ja die verschiedensten wissenschaftlichen Gremien gibt, auch weltweit, wo sich mehrheitlich Wissenschaftler zusammensetzen und auch Gremien bilden. Dabei ist immer wieder zu lesen und zu hören, dass sich die Wissenschaft in der ganz grossen Mehrheit einig ist, dass der CO₂-Ausstoss einen Effekt hat und es den menschgemachten Klimawandel durch den CO₂-Ausstoss tatsächlich gibt. Ich glaube, darauf müssen wir uns in der Politik stützen und die Wissenschaft beim Wort nehmen. Ich komme zurück auf den Planungsbericht Klima und Energie: Dieser wird Ihnen bald zur Vernehmlassung vorliegen und danach zur Beratung in Ihrem Rat kommen. Dort können wir ausführlich über die ganze Breite der Massnahmen für die Klimaziele diskutieren, also über den Klimaschutz und die Klimaanpassung. In diesem Sinn bitten wir Sie, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 79 zu 29 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 80 zu 28 Stimmen teilweise erheblich.